(2) Betreut der Bauberater an einem Standort gleichzeitig mehrere Bürger, die ihr Eigenheim in gleicher Bauweise errichten, modernisieren oder instandsetzen, beträgt die Vergütung höchstens für die

— 1. Bauaufgabe	100,0%
— 2. bis 5. Bauaufgabe	75,0%
— 6. bis 10. Bauaufgabe	50,0%

der nach Abs. 1 ermittelten Vergütungsmitel. Zur Ermittlung der zulässigen Vergütung je Eigenheim ist die insgesamt zulässige Vergütung durch die Zahl der Eigenheime zu dividieren.

(3) Die Vergütung für die Beratungsleistungen kann in den Kredit für das Bauvorhaben einbezogen werden, wenn das Aufwandsnormativ dadurch nicht überschritten wird.

(4) Die Bauberatertätigkeit kann kostenlos ausgeführt werden.

(5) Die Vergütung für die Bauberatertätigkeit ist lohnsteuerfrei und unterliegt nicht der Beitragspflicht zur Sozialversicherung.

§27

Verantwortlichkeit

(1) Der Bürger ist als Bauausführender dafür verantwortlich, daß bei der Errichtung des Bauvorhabens keine Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Menschen und keine Schäden entstehen. Er ist zur Gewährleistung der Bau-sicherheit verpflichtet.

(2) Der Bauberater hat dem Bürger den Schaden zu ersetzen, den er diesem rechtswidrig unter Verletzung seiner Pflichten aus dem Bauberater-Vertrag zufügt, insbesondere wenn durch

- mangelhafte oder unterlassene Beratung Bauarbeiten mehrfach ausgeführt werden müssen oder andere Schäden entstehen,
- nicht termingemäße Beratung zusätzliche Kosten anfallen.

§28

Versicherung des Bauberaters

(1) Der Bauberater hat bei der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Der Versicherungsbeitrag ist innerhalb der zulässigen Vergütung für die Beratungsleistungen durch den Bürger zu erstatten. -

(2) Der Bauberater genießt gemäß den Rechtsvorschriften⁷ Versicherungsschutz gegen Unfälle, die er in Ausübung seiner Beratertätigkeit erleidet.

§29

Leitungsaufgaben der staatlichen Organe

(1) Das Kreisbauamt hat den für den Standort des Bauvorhabens zuständigen örtlichen Rat bei der Einweisung der Bürger und Bauberater über wichtige bautechnische Vorschriften und die Anforderungen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie Brandschutzes beim Eigenheimbau zu unterstützen. Die Erteilung der Zustimmung für das Bauvorhaben ist von der Teilnahme des Bürgers an der Einweisung

abhängig zu machen, soweit die Pflicht zum Einsatz eines Bauberaters besteht.

(2) Das Kreisbauamt hat mit Bürgern und Bauberatern regelmäßig Erfahrungsaustausche durchzuführen. Dabei sind die neuesten Erkenntnisse zu vermitteln und Festlegungen aus der Kontrolltätigkeit der Staatlichen Bauaufsicht beim Eigenheimbau auszuwerten.

(3) Sollen Eheleute gemeinsam die Zustimmung zum Bauvorhaben erhalten, haben sie gegenüber dem Vorsitzenden des örtlichen Rates zu erklären, welchem Ehepartner die Verantwortung als Bauausführender obliegt.

§30

Bauberatung der Betriebe

Bei dem Einsatz von Bauberatern für Betriebe, die Eigenheime errichten, deren künftiger Eigentümer noch nicht bekannt ist, gelten die §§ 20 bis 29 sinngemäß.

§31

Schlußbestimmungen

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Oktober 1987 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- die Durchführungsbestimmung vom 31. August 1978 zur Eigenheimverordnung (GBl. I Nr. 40 S. 428),
- die Zweite Durchführungsbestimmung vom 27. Dezember 1979 zur Eigenheimverordnung (GBl. I 1980 Nr. 4 S. 33).

Berlin, den 18. August 1987

Der Minister für Banwesen Der Minister der Finanzen

I. V.: Martini
Staatssekretär

I. V.: Siegert
Staatssekretär

Der Präsident der Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik

I. V.: Taut
Vizepräsident

Anlage

zu vorstehender Durchführungsbestimmung

Muster

Bauberater-Vertrag

Zwischen dem Bürger, Herrn/Frau
(Auftraggeber)

und dem Bauberater, Herrn/Frau
(Auftragnehmer)

wird nachstehender Vertrag abgeschlossen:

§1

(1) Der Auftragnehmer übernimmt die Beratung für den

⁷ Z. Z. gilt die Verordnung vom 11. April 1973 über die Erweiterung des Versicherungsschutzes bei Unfällen in Ausübung gesellschaftlicher, kultureller oder sportlicher Tätigkeiten (GBl. I Nr. 22 S. 199).